Zeitschriften-Rundschau

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **64 (1972)**

Heft 6

PDF erstellt am: **20.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

hen waren, eine Gefängnisstrafe für die Dauer bis zu drei Jahren verhängt werden.
Darüber hinaus kann der Kontrollrat der Sozialversicherung den Arbeitgeber zwingen, verschiedene Massnahmen zum Schutz vor Unfällen in einer bestimmten Frist zu realisieren und er kann jede Verzögerung durch eine Erhöhung der Beiträge bestrafen. Anderseits aber kann er auch die Beitragsleistung reduzieren, wenn in einem Betrieb neue Vorkehrungen zur Unfallverhütung realisiert wurden. Die Reduktion der Beiträge kann bis zu 10 Prozent erreichen. Eine besondere Aufgabe im Rahmen der Unfallverhütung fällt den Arbeitsinspektoren zu, die alle gesetzlichen Massnahmen zur Verhütung von Unfällen in den Betrieben selbst zu prüfen haben. Vor allem ist es auch ihre Aufgabe, die gesundheitlichen Schutzvorrichtungen zu kontrollieren und die berufliche Eignung des Arbeitnehmers für die von ihm ausgesuchte Arbeit. Allerdings ist die Zahl der Arbeitsinspektoren in Frankreich so gering, dass sie nicht einmal ihren dringensten Verpflichtungen nachkommen können.

Zeitschriften-Rundschau *Otto Böni*

Ist unsere Gesellschaft asozial?

Die Mai-Nummer der *«Frankfurter Hefte»* enthält einen grösseren diskussionswürdigen Beitrag mit der Ueberschrift «Asoziale Gesellschaft?». Der Autor dieses gesellschaftskritischen Artikels ist Horst W. Opaschowski. Seine eingangs formulierte Grundthese lautet: «Ich nenne eine Gesellschaft ‚asozial', wenn sie Asoziale leiden lässt. Eine Gesellschaft kann nicht mehr sozial genannt werden, wenn sie sich zu ihren Schwächsten unsozial verhält. Eine Gesellschaft macht sich schuldig, wenn sie zulässt, dass die Starken die Schwachen ungestraft verdrängen und Finanzstarke über Finanzschwache herrschen dürfen.» An Hand von Zahlen tritt der Autor den Beweis an, dass dieser Zustand für die Bundesrepublik – der Beweis liesse sich auch für andere Länder erbringen – zutrifft. Die Kriminalität besteht zu drei Vierteln aus Vermögensdelikten. Jeder Warenhausdiebstahl wird unnachgiebig bestraft, während Wirtschaftskriminalität von gesamtgesellschaftlich relevantem Umfang schon instrumentell nicht einmal erfassbar ist. «Alle Diebstähle in der BRD haben jährlich einen maximalen Wert von einer Milliarde DM; dagegen schätzt man den Schaden der nicht aufgeklärten Wirtschaftsverbrechen auf mindestens zehn bis zwölf Milliarden.» 80 Prozent aller Gefängnisinsassen sind «Rückkehrer». Während die deutschen Tierschutzvereine mehr als 500 000 Mitglieder haben, hat der Kinderschutzbund nur deren 20 000. Auf Grund einer Umfrage halten mehr Bundesbürger Tierquälen schlimmer als Kindsmisshandlungen.

Zu den im Schatten der deutschen Wohstandsgesellschaft Lebenden zählt Opaschowski: «5 397 300 Rentenabhängige mit einer monatlichen Rente unter 350 Mark; 1 884 000 Kinder, die durch das soziale Schicksal ihrer Eltern in ihrer Entwicklung erheblich gestört werden und über die soziale Rolle ihrer Eltern nicht hinauskommen werden;

1 100 000 Menschen in ländlichen Gebieten, die ihre sozialen Bedürfnisse so weit reduzieren müssen, dass sie mit 100 bis 400 Mark pro Monat auskommen (Kleinbauern, Altenanteiler und andere); 600 000 Bewohner von Armenanstalten; 500 000 Erwerbstätige und Familien mit einem monatlichen Einkommen unter 600 Mark; 450 000 Nichtsesshafte; 100 000 Geisteskranke in psychiatrischen Anstalten; 100 000 Heimkinder; 50 000 erwachsene Kriminelle in Haftanstalten; 49 600 Jugendliche in Fürsorgeerziehung oder freiwilliger Erziehungshilfe.»
Desweitern befasst sich der Autor mit dem Problem der Alten und des sozialfeindlichen Städtebaus. Der Beitrag wird abgeschlossen mit einer Reihe von Humanisierungsvorschlägen, die in erster Linie diese beiden Problemkomplexe berühren.

Schule und Erziehung

«Parteilichkeit im Grundschulunterricht» heisst das Thema von Nummer 83 der in Westberlin sechsmal jährlich erscheinenden *«alternative»*. Darin wird an Hand mehrerer Beiträge aufgezeigt, dass Erziehung unter den kapitalistischen Produktionsverhältnissen für die Kinder der sogenannten Unterschicht «Erziehung zur Orientierungslosigkeit, zur fatalistischen Annahme einer Rolle, aus der es nur regredierendes Vergessen (am Steuer, vorm Bildschirm, im Kaufhaus) – kein Entrinnen gibt.» Es wird aufgezeigt, wie den Kindern bewusst gesellschaftliche Erkenntnisse vorenthalten werden, so zum Beispiel bei ganz einfachen Zinsrechnungen. In relativ kurzer Zeit lernen zwar die Kinder recht gut zinsrechnen. Aber wird in diesem Unterricht die Frage aufgeworfen, woher die Zinsen kommen? Dieses Problem wird von den Erziehern umgangen, da sie sonst gezwungen wären, die ganze Fragwürdigkeit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung aufzuzeigen. In der «Alternative» finden sich nun einige Beispiele, wie in einem wirklich «objektiven» Unterricht dieses Thema behandelt werden müsste, damit dem Schüler die Lebensverhältnisse durchschaubar werden und er die Möglichkeit zur Veränderung der bestehenden Ordnung erkennt. Dem gleichen Thema ist auch Nummer 81 der in München erscheinenden Kunstzeitschrift *«tendenzen»* gewidmet. Dieses Heft ist mit «Kunstpädagogik für eine demokratische Schule – Beiträge und Diskussion» überschrieben. Auch hier wird an Hand von Beispielen gezeigt, welche Möglichkeiten in der Volksschule bestehen, alternativ zu arbeiten.

Hinweis

In der Ausgabe vom 17. Mai der *«Neuen Zürcher Nachrichten»* findet sich ein in zweifacher Hinsicht aktuelles politisches Dokument. Es ist ein Brief des brasilianischen Erzbischofs Helder Camara vom 1. Mai an seine Gläubigen. Der anklagende Hilferuf verdient einerseits Beachtung, weil hier eine anerkannte Persönlichkeit der katholischen Hierarchie gegen den politischen Terror seiner Landesregierung Stellung nimmt, und andererseits wird durch diesen Brief offenkundig, zu welchen brutalen Massnahmen das derzeitige brasilianische Regime greift, um unter dem Deckmantel des Antikommunismus jede demokratische Regung schon im Keime zu ersticken.